



Studierendenparlament der Universität Potsdam

Postanschrift: Studierendenparlament der Universität Potsdam - Am Neuen Palais 10 - 14 469 Potsdam
Sitz: Komplex I - Am Neuen Palais 10 - Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de - Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Grace Klass - David Kolesnyk - Max Metzger

Liebes Studierendenparlament, lieber AStA,

wie sich auf der letzten Sitzung bereits abzeichnete hier nun die Einladung zur außerordentlichen Sitzung des Studierendenparlamentes der Universität Potsdam am

Dienstag, 30. Oktober, um 19.30 Uhr in
Raum H02, Haus 6, Campus Griebnitzsee.

Als Tagesordnung schlagen wir euch vor:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Berichte aus den Hochschulen und der BrandStuve
3. Volksinitiative "Hochschulen erhalten"
4. Potenzielle GEMEINSAME Aktionen der Studierendenschaften
 - 4.1. Planungsstand
 - 4.2. Anträge
5. Sonstiges

Wir werden wie besprochen die VertreterInnen der anderen Studierendenschaften einladen und sie bitten, entsprechende Berichte zur Situation an ihren Hochschulen vorzubereiten und ggf. einen Antrags- oder Resolutionsentwurf zu formulieren, sofern dort konkrete Vorstellungen bestehen.

Ebenso sind wir dementsprechend dazu aufgerufen, den anderen unsere Position und Situation darzustellen. Es wäre schön, wenn Vorschläge hierzu im Vorfeld über den StuPa-Verteiler und an den AStA gehen. Der AStA müsste dies ja als "unsere Regierung" darstellen.

Änderungsvorschläge zur Tagesordnung bitte am besten schnellstmöglichst an das Prädisium.

Unten in der Mail findet ihr zudem den Hinweis zur morgigen Ankunft des Staffellaufes der Volksinitiative "Hochschulen erhalten", die die 'Demokratie nach Potsdam trägt'. Hintergrund ist die Anhörung der Volksinitiative im Landtag. (Das 14. StuPa hat beschlossen, dass es die Volksinitiative unterstützt, von daher hier auch der Hinweis.)

Viele Grüße
David

Präsidium des 15. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam
(David Kolesnyk, Grace Klass, Max Metzger)

Am Mittwoch, den 24.10., trägt die Volksinitiative "Hochschulen erhalten" sinnbildlich die Hochschuldemokratie zum Landtag nach Potsdam. Die Volksinitiative, die auch von der Studierendenschaft der Universität Potsdam unterstützt wird, setzt sich wie die Leitung der Universität Potsdam für eine bessere Finanzierung der Brandenburgischen Hochschulen und die Wahrung der Hochschulautonomie ein.

Vor diesem Hintergrund und aus Anlass der Anhörung der Volksinitiative im Landtag trägt sie den "Staffelstab" von Cottbus nach Potsdam. Die LäuferInnen kommen gegen 8 Uhr am Landtag, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, an.

Es wäre super, wenn sie dort von vielen UnterstützerInnen empfangen werden. Es wäre super, wenn sie dort von Euch empfangen werden.

Hier ein paar Infos dazu:

1. Worum geht´s?

Am 24.10. um 10:00 Uhr beginnt die Anhörung der Volksinitiative "Hochschulen erhalten" in zuständigen Wissenschaftsausschuss. Zur personellen und medialen Unterstützung organisieren wir (die Studierenden der BTU Cottbus) einen Staffellauf von Cottbus nach Potsdam unter dem Motto:

"Wir tragen die Demokratie nach Potsdam!"

2. Ablauf:

16:00 Uhr: Treffen auf dem Altmarkt Cottbus mit Musik und Ansprachen

17:00 Uhr Startschuss mit Massenstart (Freier Start ca. 2km)

17:00 - 8:00 Uhr: Lauf der Strecke (10-20km Strecken) mit mind. 2 Läufern pro Abschnitt begleitet durch Polizei, Fahrzeuge des Orgateams, med. Begleitung und teilweise durch Medien

7:30 Uhr: "Massenankunft" die letzten 1,5 km kann man gerne mitlaufen

8:00 Uhr Ankunft

8:00 - 10:00 Uhr: Musik, Ansprachen, Möglichkeit zum Duschen (Bad am Brauhausberg), Grillen

3. Ankunft:

Wer noch ein Stück mitlaufen will, ist am besten schon 7.30 Uhr vor Ort. Alle anderen dann gegen 8 Uhr.

Infos zur Volksinitiative: <http://www.hochschulen-erhalten.de/>

Infos zum Staffellauf: <http://stura-btu.de/go4it/2012/10/11/staffellauf-nach-potsdam-vom-23-24-10-2012/>

Hochschulpolitische Entwicklungen in der Diskussion um den Erhalt der BTU-Cottbus und der Hochschule Lausitz

Inhalt:

- 1) Vorwort
- 2) Vertrauensverlust gegenüber des Wissenschaftsministeriums
- 3) Inhaltliche Gründe für die Ablehnung einer Neugründung
- 4) Unsere Forderungen

I ♥ HSL

I ♥ BTU

1) Vorwort:

Im Jahr 2010 setzte die damalige Wissenschaftsministerin Frau Dr. Martina Münch (SPD) eine Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Emmermann ein, welche die BTU Cottbus und die Hochschule Lausitz evaluieren und Empfehlungen für die Weiterentwicklung beider Hochschulen aussprechen sollte. Die Einsetzung der Kommission ging auch auf finanzpolitische Zwänge zurück. Nach zwei Jahren der Evaluation legte die Kommission schließlich der neuen Wissenschaftsministerin Frau Prof. Dr. Dr. Sabine Kunst ihre Empfehlungen vor. Die Kommission empfahl, dass die Hochschule Lausitz und die BTU Cottbus mehr kooperieren sollten, sprach sich jedoch ebenso dafür aus beide Einrichtungen als eigenständige Hochschulen zu erhalten. Am 09.02.2012 veröffentlichte Ministerin Kunst eine Kurzfassung des Berichtes der Lausitzkommission gemeinsam mit ihrem Vorhaben, beide Hochschulen zu schließen und anschließend in einer gemeinsamen Fusionsuniversität neuzugründen. In der Folgezeit gab es daraufhin diverse Gesprächsveranstaltungen, anfangs noch mit der Ministerin, später mit ihrem Beauftragten Herrn Dr. Grünewald.

2) Dialogveranstaltungen ohne Dialog!

Das Vertrauen in die Landeswissenschaftsministerin haben wir, die Organisator/-innen der Demonstration inzwischen wie der Cottbuser Oberbürgermeister und die Cottbuser Stadtverordnetenversammlung verloren. Das gilt wohl auch für die über 42 000 Bürgerinnen und Bürger, die die Volksinitiative "Hochschulen erhalten" unterschrieben haben.

Warum? Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) übergeht in jeder Diskussion den ersten Schritt. Die Bürgerinnen und Bürger werden gar nicht mehr gefragt, **OB** sie die Zwangsfusion wollen. Man lässt sie lediglich (und das - wie aus dem neusten Gesetzentwurf des MWFK zur Zwangsfusion hervorgeht - auch nur in Ansätzen) über das **WIE** diskutieren. Ergebnisse aus den sogenannten Dialogveranstaltungen finden sich nicht im vorgelegten Gesetzentwurf wieder. Dennoch wurde die Gesetzesvorlage bereits veröffentlicht, noch ehe die Dialoge von Herrn Grünewald überhaupt beendet waren. Der Inhalt spottet jedem Dialogverfahren und hat mit der Diskussion in Cottbus kaum etwas zu tun. Auch von der Landtagsfraktion der Linken wird inzwischen der in der Regierungskoalition nicht abgestimmte Gesetzentwurf über die Zwangsfusion von BTU und HL Senftenberg abgelehnt.

3.) Warum keine Zwangsfusion?

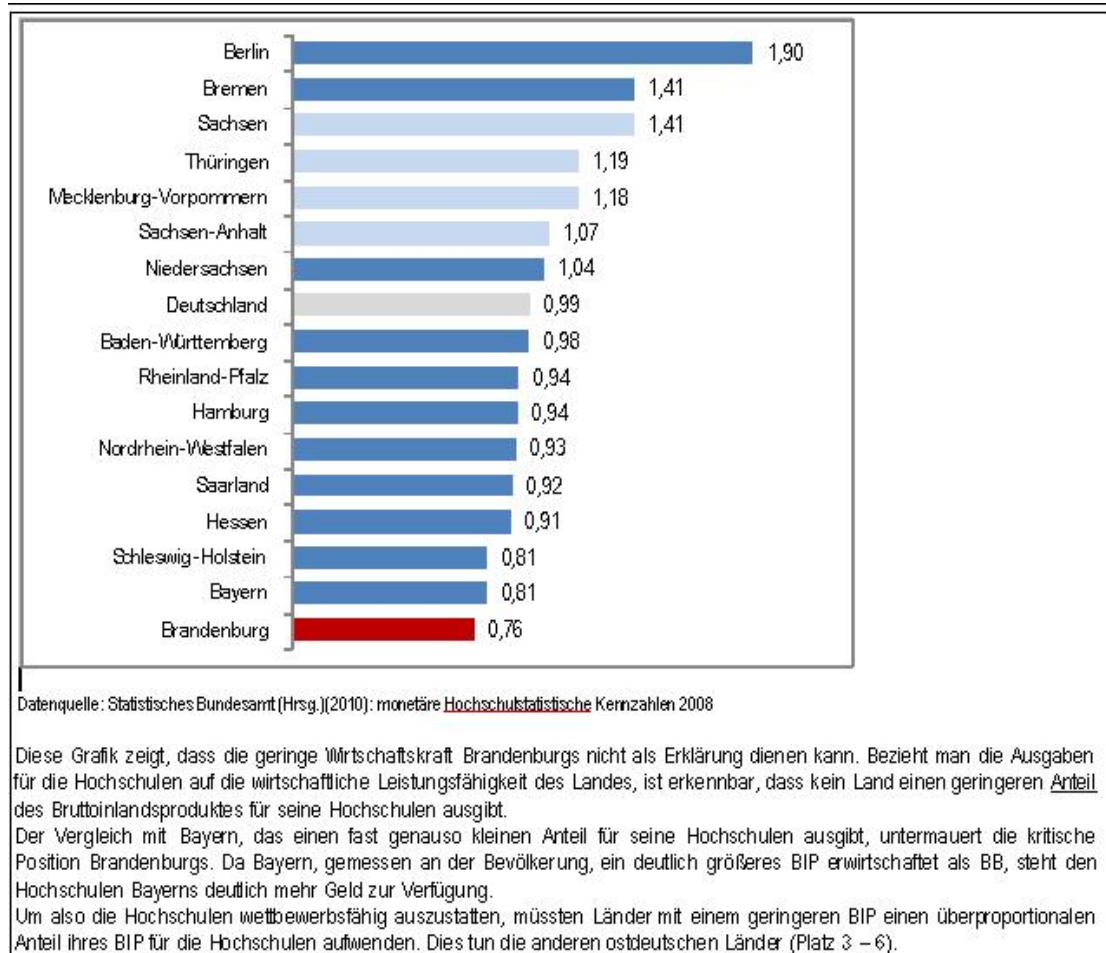
- Eine Zwangsfusion verletzt die Selbstverwaltungsrechte der beiden Hochschulen.
- Beide Hochschulen haben Kooperationsangebote gemacht. Eine Zwangsfusion übergeht diese Angebote.
- Eine Zwangsfusion missachtet die Eigenart der Hochschultypen Universität und Fachhochschule. Der Wissenschaftsrat hat in einer Stellungnahme von 2010 betont, dass sich diese Hochschultypen in ihrer Entwicklung angenähert, aber zugleich (auch unter Bologna-Gesichtspunkten) deutlich ausdifferenziert haben und dass diese mit ihren jeweils spezifischen Abschlüssen regional, u. a. in der Lausitz, und überregional nachgefragt sind.
- Die Emmermann-Kommission hat vor diesem Hintergrund bewusst keine Fusion von BTU und HL Senftenberg vorgeschlagen - schon gar keine Zwangsfusion gegen den Willen wesentlicher Teile der betroffenen Hochschuleinrichtungen, ihrer Selbstverwaltungsorgane und Mitglieder.
- Kein deutsches Hochschulfusionsprojekt, etwa in Niedersachsen (Lüneburg) oder in Nordrhein-Westfalen (Essen-Duisburg), hat die ursprünglich in die Fusion gesetzten Erwartungen erfüllt. Die Fusion einer Fachhochschule mit einer Universität hat in Lüneburg im Ergebnis zum Untergang des Fachhochschulteils und zu einer Halbierung der Studierendenzahlen geführt.
- Studierende entscheiden sich bewusst für ein Studium an einer Universität oder an einer Fachhochschule. Der Zusammenschluss beider Hochschultypen hätte zwangsläufig die Abwanderung junger Menschen zur Folge. Brandenburg darf es sich aber nicht leisten auf junge Menschen zu verzichten!
- Beide Hochschulen erfüllen individuelle Tätigkeiten, welche durch die Fusion verloren gehen werden. Die BTU ist ein wichtiger Kooperationspartner großer Unternehmen und die Hochschule Lausitz fördert durch ihre Kooperationen mit kleinen Unternehmen den Mittelstand. Damit sind beide Hochschulen wichtig für die Wirtschaft in der Lausitz und ganz Brandenburg.

Zwangsfusion kein Kürzungsmodell?

Doch! Die jetzt bekannt gewordenen Planungen lassen deutlich erkennen, dass von den vorhandenen Professorenstellen ungefähr 25% wegfallen sollen. Dabei sind die ursprünglich verbreiteten Annahmen, demografische Entwicklungen würden zu einer Schließung von Hochschulen vor allem in der Lausitz zwingen, deutlich widerlegt worden. Die Nachfrage nach Studienplätzen hält weiterhin an. Die von Matthias Platzeck eingesetzte Buttler-Kommission hat ausdrücklich eine Erhöhung der Finanzmittel für die Hochschulen auch in der Lausitz gefordert. Diese Forderung ist vor dem Hintergrund zu bewerten, dass das Land bei den Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung mit Abstand an der letzten Stelle in Deutschland steht. Vergleichbares gilt ebenso für die Anteile der Hochschulausgaben am Bruttoinlandsprodukt. Das Land Brandenburg kann sich also bei seiner defizitären Hochschulinvestitionspolitik, die sowohl die Wirtschaftsentwicklung als auch die Zukunftschancen der Bürgerinnen und Bürger schädigen muss, nicht auf Sparzwänge berufen. Jeder Ländervergleich widerlegt derartige Behauptungen.

Unbefriedigende Forschungsleistungen der BTU?

Dieses längst nur noch als Populismus zu verstehende „Argument“ lässt außer Acht, dass die BTU bei der Drittmittelinwerbung für die Forschung die viel größere und im Vergleich besser finanzierte Universität Potsdam bei weitem übertrifft. Besser werden kann man sicher immer, aber dann müssen auch die finanziellen Rahmenbedingungen stimmen. Im Hinblick auf die vom Land der BTU zur Verfügung gestellten Finanzmittel, ist die Drittmittelinwerbung der BTU im Hochschulvergleich aber sogar deutlich überdurchschnittlich hoch.



Seit 10 Jahren nix passiert in Sachen Kooperation?

Angeblich soll die BTU die Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 2002 nicht ausgeführt haben. Nicht erwähnt bleibt dabei, dass diese Empfehlungen sich sowohl auf die BTU als auch auf die HL Senftenberg und das Land Brandenburg selbst beziehen. Über Defizite in der Kooperation zwischen der BTU und der HL Senftenberg - darauf nimmt nämlich die Empfehlung von 2002 Bezug - kann man durchaus streiten. Nicht streiten kann man aber darüber, dass das Land Brandenburg seine Pflichten aus der Wissenschaftsrat-Empfehlung von 2002 nicht erfüllt hat, die Pflicht nämlich, die Finanzausstattung von BTU und HL Senftenberg in ausreichendem Umfang zu verbessern. Stattdessen sind die Hochschulen in eine Konkurrenzsituation um Geldmittel gedrängt worden, was eine Kooperation nicht erleichtert. Trotzdem gibt es bereits starke Kooperationen (z.B. das David-Gilly Institut). Verlieren nicht Forderungen an die Hochschulen bis hin zu denjenigen nach einer Zwangsfusion notwendigerweise jede politische und persönliche Glaubwürdigkeit, wenn sie nicht zugleich die großen Hochschulfinanzdefizite des Landes Brandenburg sehen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen?

Alle Fragen für Studierende durch Eckpunkte des MWFK geklärt?

Nein. Bei der Antwort auf die studentischen Fragen wird immer auf die inzwischen doch schon älteren "Eckpunkte" des Beauftragten der Landeswissenschaftsministerin, die durch nachfolgende Ereignisse in mancher Hinsicht als überholt angesehen werden müssen, verwiesen. Das Landeswissenschaftsministerium hat einen in der Regierungskoalition nicht abgestimmten Vorentwurf zu einem Gesetzentwurf für ein Zwangsfusionsgesetz vorgelegt. Dieser enthält einen deutschlandweit einmalig autoritären Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Hochschulselbstverwaltung. So sollen die Hochschulmitglieder auf 5 Jahre keinen Einfluss auf ihre Hochschulleitung haben (deren Einsetzung maßgeblich vom Wissenschaftsministerium beeinflusst werden soll). Damit erfährt die Stellung der Wissenschaftsministerin in diesem Entwurf, auf Kosten der Hochschulautonomie, eine deutliche Stärkung.

4.) Wir fordern daher:

- das Gesetzgebungsverfahren unverzüglich einzustellen
- einen Neustart in Kooperation mit den Hochschulen, unter Verzicht auf Zwangsfusionen
- eine grundlegende Verbesserung der Hochschulfinanzierung in Brandenburg
- entscheidungswirksame Mitbestimmung aller Betroffenen und Einbeziehung in den Reformprozess
- ein Gesamtkonzept für die Hochschullandschaft in Brandenburg, BEVOR über die Zukunft einzelner Hochschulen entschieden wird

1 **Resolution der Studierendenschaft der Universität Potsdam**

2
3
4 Die Studierenden in Brandenburg sehen sich einer außergewöhnlichen Situation gegenüber. Der
5 Wissenschaftsbereich ist seit Jahren dramatisch unterfinanziert. Dieser finanzielle Druck, der durch
6 den Eingriff in die Rücklagen der Hochschulen von Seiten der Landesregierung verschärft wurde,
7 treibt die Hochschulen in Konkurrenzsituationen um Geldmittel und Studierende.

8 Diese Situation erschwert Hochschulen eine Kooperation. Diese angeblich fehlende
9 Kooperationsfähigkeit wurde nun vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur zum
10 Anlass genommen die Brandenburgische Technische Universität Cottbus und die Hochschule
11 Lausitz Cottbus/Senftenberg zu schließen und eine neue Hochschule zu gründen. Was fehlt, ist eine
12 ausreichende Hochschulfinanzierung. In Wahrheit will die Landesregierung durch die
13 Zwangsfusion in Cottbus und Senftenberg die ohnedies im Ländervergleich zu niedrigen
14 Hochschulhaushaltsansätze weiter senken. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf zeigt, dass hier
15 außerdem ein Präzedenzfall geschaffen werden soll, mit dem auch in Zukunft in die gesetzlich
16 geschützte Hochschulautonomie anderer brandenburgischer Hochschulen eingegriffen werden kann.
17

- 18
- 19 • Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich für entscheidungswirksame
20 Mitbestimmung aller Betroffenen bei Hochschulstrukturrentscheidungen und bei der
21 Neukonzipierung von Studiengängen aus.
- 22
- 23 • Wir erklären uns u.a. deshalb solidarisch mit den Studierenden der Brandenburgischen
24 Technischen Universität Cottbus und der Hochschule Lausitz Cottbus/Senftenberg.
- 25
- 26 • Wir erklären uns solidarisch mit der Volksinitiative „Hochschulen erhalten“ und unterstützen
27 deren Forderungen.
- 28
- 29 • Wir werden ein Volksbegehren, sollte es gestartet werden, unterstützen. In einem solchen
30 Fall werden wir gemeinsam mit dem AStA der Universität Potsdam das Anliegen des
31 Volksbegehrens bewerben und mit Veranstaltungen zusammen mit Vertreterinnen und
32 Vertretern des Volksbegehrens im Land präsent sein.
- 33
- 34 • Wir unterstützen die Pläne der Cottbuser Studierenden zu einer Großdemonstration in
35 Potsdam im Rahmen der Lesungen im Landtag zum „Gesetz zur Neustrukturierung der
36 Hochschulregion Lausitz“ und würden bei der Organisation und Bewerbung aktiv
37 unterstützend tätig sein.
- 38
- 39 • Generell werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf um
40 eine bessere Wissenschaftspolitik im Land Brandenburg unsere Ressourcen zur Verfügung
41 stellen.
- 42

43
44 Gezeichnet:
45
46
47